

Sitzung vom 07. November 2013	
Beginn: 20:01 Uhr	Ende: 20:56 Uhr
Teilnehmer	Abwesend
Wilhelm Fritzges Elke Korn Dirk Kristek Bruno Valentini Knut Fritzges Sabine Lipp	Carl Pinsel Roger Kohlstetter Thomas Etzel
Zuhörer	1

Tagesordnungspunkt	
12/071	Genehmigung der Niederschrift vom 26.09.2013 Die Niederschrift ist einstimmig genehmigt
12/072	Erweiterung der Tagesordnung
12/073	Haushalts- und Wirtschaftsplan 2014 <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Ortsbeirat beantragt eine Summe für die Erschließung des Grundstückes am Ochsenweg für die Jugendarbeit Lindheim einzustellen. Herr Imhoff hat sich beim Treffen mit dem Jugendclub bereit erklärt die Kosten zu ermitteln. 2. Die Einstellung der Kosten für die Baumaßnahme am Bahnübergang in Enzheim wird vom Ortsbeirat begrüßt. Es wird hier noch mal auf die Dringlichkeit der Baumaßnahme hingewiesen. 3. Da der Verkauf des restlichen Baugeländes an der Weidenbach nicht abzusehen ist und der Weg unterhalb des Friedhofes bis zum Gelände Tegut von Lindheimer Bürgern stark frequentiert wird, wird die Gemeinde auf die Dringlichkeit hingewiesen den Weg auszubessern. 4. Der Ortsbeirat beantragt an der Zufahrt Brendelweg vom Hansenberg eine wassergebunde Decke (ca. 20m) zu installieren.
12/074	Mitteilungen und Anfragen Mitteilungen

	<p>Anfragen</p> <p>Der Ortsbeirat stellt den Antrag, daß die Verkehrsschilder für eingeschränktes Parken auf der Zufahrt zum Aldi rechtsseitig entfernt werden. Die Notwendigkeit besteht nicht mehr, da der Imbiß nicht mehr vorhanden ist.</p> <p>Der Bauhof soll den Zaun am Festplatz kontrollieren und reparieren, da hier einige Mängel bestehen.</p> <p>Der Ortsbeirat verweist auf einen Artikel aus der Frankfurter Rundschau vom 12. September 2013 bzgl. der Bahnanbindung von Frankfurt nach Stockheim (siehe Anlage). Wir bitten den Gemeindevorstand und Gemeindevertretung diesen Vorschlag im Interesse der Gemeinde Altstadt zu unterstützen.</p>



Wilhelm Fritzges
Ortsvorsteher Lindheim



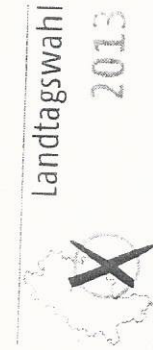
Dirk Kristek
Schriftführer

geschönt. Tatsächlich seien Arbeitsplätze aus anderen Teilen der Region zum Flughafen verlagert worden.

Nancy Faeser, innenpolitische Sprecherin der SPD, war eine von zwei Mitgliedern ihrer Fraktion, die seinerzeit gegen den Bau der Landebahn gestimmt hatte. Eine Stilllegung der Bahn ist für sie

terminal 3 aus und verlangte ein Moratorium.

Janine Wiss') Fraktionschefin der Linkspartei, geht das nicht weit genug. Der Bau der Landebahn sei ein politischer Fehler gewesen, „und politische Fehler muss man korrigieren dürfen“. Ihrer Meinung nach gibt es rechtliche Möglichkeiten, die Bahn zu schließen. Wissler verwies auch



Landtagswahl

2013

war, widersprach er Wissler: „Sie versprechen den Leuten hier im S. Dinge, die Sie nicht halten können.“ Auch das Terminal 3 sei genehmigt und könne nicht gestoppt werden.

Staatsminister Michael Boddenberg verwies auf den 19-Punkte-Plan, um den Fluglärm im Rhein-Main-Gebiet zu reduzieren. Die Politik sei gefordert, Gesetze so zu formulieren,

dar ist“.

Tarek Al-Wazir entgegnete, der Ausbau sei der Region dennoch nicht zumutbar gewesen. Durch die neue Landebahn hätten 100.000 Menschen mehr als zuvor unter Lärm zu leiden. Al-Wazir warf Boddenberg vor: „Sie stehen vor den Trümmern der Flughafenbausau-Politik.“

Die Diskussion dauerte bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch an.

Mit der U-Bahn bis nach Stockheim

Verkehrsdezernent Stefan Majer (Grüne) will Einsatz von „Zweisisystem“-Fahrzeugen prüfen

Von Claus-Jürgen Göpfert

Diese Idee könnte den öffentlichen Nahverkehr in und um Frankfurt revolutionieren: Ein Gutachter im Auftrag der Stadt empfiehlt, U-Bahnen der Linie U5 bis nach Königstein im Taunus und Glauburg-Stockheim in der Wetterau fahren zu lassen. Die U-Bahnen würden dabei auf vorhandenen Bahngleisen eingesetzt. Der Einsatz solcher „Zweisisystem“-Fahrzeuge könnte mehr Fahrgäste bringen und die S-Bahn-Strecke zwischen Höchst und Hauptbahnhof entlasten.

2005 hatte die Stadt eine Untersuchung des „Zweisisystems“ beschlossen, zwei private Planungsbüros wurden beauftragt. Sie erarbeiteten ein Szenario, das sie als lohnenswert ansehen.

Dieser Entwurf sieht vor, dass „Zweisisystem“-Züge von Königstein über das Europaviertel in Frankfurt, den Frankfurter Berg und Bad Vilbel bis nach Glauburg-Stockheim fahren. Etwa 4100 Personalfahrten täglich

könnten so für den öffentlichen Verkehr hinzugewonnen werden. 60 Prozent der neuen Fahrgäste würden vom Auto umsteigen, so die Erwartung.

Die heute sehr stark genutzte S-Bahn-Strecke zwischen Bahnhof Höchst und Hauptbahnhof würde um etwa 5000 Fahrgäste pro Tag und Richtung entlastet. Der Verkehrsknoten Hauptbahnhof, heute ebenfalls stark frequentiert, müsste etwa 15.000 Fahrgäste weniger pro Tag verkraften.

Die Gutachter empfehlen der Stadt, dieses Szenario weiter zu verfolgen und zu vertiefen. Genau das soll jetzt geschehen. Verkehrsdezernent Stefan Majer (Grüne) ist von den Untersuchungsergebnissen angetan. Er will die „betriebliche Machbarkeit“ eines Einsatzes von „Zweisisystem“-Fahrzeugen prüfen lassen.

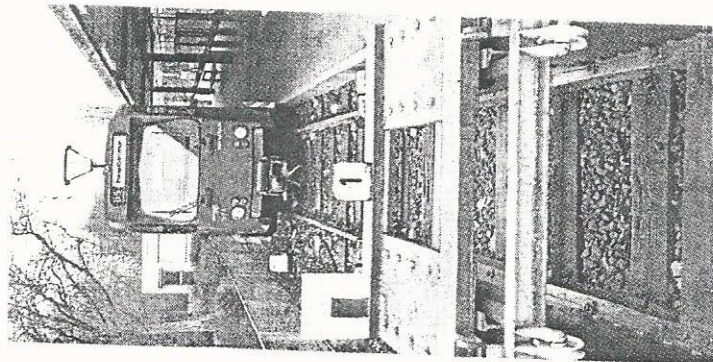
Es könnten mehr Menschen dazu gebracht werden, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, argumentiert der

Stadtrat in einer Vorlage für die Stadtverordneten.

35.000 Euro haben die Machbarkeitsstudien der Planungsbüros gekostet. Den positiven Effekten stehen die Investitionskosten gegenüber. Verbindungsgleise und Elektrifizierung schlugen mit Ausgaben von 66 Millionen Euro zu Buche. Für die „Zweisisystem“-Fahrzeuge müssten 57 Millionen Euro investiert werden.

Die Stadt plant Gespräche mit den betroffenen Nachbargemeinden über den Einsatz der „Zweisisystem“-Züge.

Die Gutachter untersuchten alternativ auch, ob nicht das S-Bahn-Netz erweitert werden könnte oder Stadtbahnlinien in die Region hinaus verlängert werden könnten. Beide Lösungen wurden verworfen. Der S-Bahn-Stammtunnel könnte nicht mehr Verkehr aufnehmen. Die Verlängerung der Stadtbahnlinien über die Grenzen Frankfurts hinaus käme unverhältnismäßig teuer, so die Experten.



Für die U5 muss in Preungesheim nicht Schluss sein. SCHICK

Betriebskita am Rathaus

Betreuung geplant

Die Stadt Frankfurt wird künftig Betreuungsplätze für Kinder städtischer Angestellter anbieten: Eine Betriebskita nahe dem Römer soll gebaut werden. Das beschloss die schwarz-grüne Koalition im Römer auf ihrer jüngsten Sitzung.

Die beteiligten Ämter waren bereits seit länger auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück in zentraler Lage. Bislang allerdings vergeblich. Nun wird an der Limpurgergasse gebaut, direkt am Rathaus Römer. Derzeit wird das 2800 Quadratmeter große Grundstück noch als Parkplatz genutzt. Dort habe man ausreichend Möglichkeiten für einen zweigeschossigen Bau mit Außengelände, sagte Bildungsdezernentin Sarah Sorge.

Derzeit gibt es 39 Betriebskindertagesstätten mit fast 2000 Plätzen in Frankfurt. Ziel des Magistrats ist es, noch mehr Unternehmen für die Idee der betrieblichen Kinderbetreuung zu gewinnen. sabu